

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 14

Artikel: Schweizerische Bewegung für die Einigung Europas : Europa-Union mit föderalistischer Sicht

Autor: Bauer, Hans / Schenk, Ernst von / Raeber, Thomas

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076434>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schweizerische Bewegung für die Einigung Europas

Europa-Union mit föderalistischer Sicht

Vom 20. bis 30. April findet in Zürich eine Europa-Woche statt, deren Ziel es ist, die schweizerische Bevölkerung mit den Fragen vertraut zu machen, die sich unserm Land als Teil seines Kontinents stellen. Der «Klare Blick» berichtet im Rahmen seiner Untersuchungen über Institutionen mit einer dem Schweizerischen Ost-Institut verwandten Zielsetzung über die «Europa-Union», welche seit über 30 Jahren auf das Bestehen dieser Probleme hinweist und sich für eine mit unserer nationalen Stellung zu vereinbarende, aber realistischen Lösung einsetzt. Der Aufgabenbereich des SOI umfasst keine Identifizierung mit dem Detailprogramm ergänzender Organisationen, wohl aber die Erkenntnis ihrer Notwendigkeit im Kampf zur Rettung einer freien Welt.

Den Schulkindern vertraut ist der Scherz eines etwa folgendermassen adressierten Briefes: Peter Müller, Altdorf, Uri, Schweiz, Europa, Welt. Leichtes Spielen mit dem Erstaunen, wie rasch die Kette vom Kleinsten zum Grössten gelegt ist. Das gedankliche Spiel ist heute mehr denn je zu einer realen Verpflichtung geworden: Sich der Zugehörigkeit zu jedem Glied der Kette voll bewusst zu werden und entsprechend zu handeln. An ihren schwächsten Stellen wird sie heute vom kommunistischen Totalitarismus bedroht, dessen Struktur vom zentral geleiteten Parteidiktat bestimmt ist. Sein Ziel wird er erreichen, wenn er die Ordnung der freien Welt zerstören, beziehungsweise ihre Bildung verhindern kann. Auf Europa bezogen heisst es, dass der Kommunismus die Rivalitäten zwischen den Nationalstaaten auszunützen sucht, um den Kontinent innerlich zu zerreissen, und als Kraft in der Welt zu schwächen. Die «Feinde jedweden Nationalismus» und «Internationalisten» (Lenin) setzen ausserhalb ihres Machtbereiches grösste Hoffnung auf den Nationalismus der andern. Das gilt nicht nur in den Entwicklungsgebieten, sondern auch bei uns. Zur Verteidigung der Freiheit und der demokratischen Selbstbestimmung auf allen Stufen gehört es somit, dem gleichschaltenden Totalitarismus nicht durch enge Interessenpolitik in die Hände zu spielen, sich vielmehr frei zu ordnen, um ihm begegnen zu können.

Föderative Einheit gegen totalitäre Gleichschaltung

In diesem Rahmen sieht auch die schweizerische Vereinigung der Europa-Union ihre heutige Aufgabe. Gegründet wurde sie 1932, kurz bevor der nationalsozialistische Totalitarismus seine Herrschaft über den ungeeinten Kontinent begann. Ihre Gründer hatten als Alternative zur imperialistischen Diktatur die Forderung einer demokratischen und föderalistischen Struktur Europas gefordert. Nach dem Zusammenbruch des dritten Reiches erhielten diese Postulate noch erhöhte Dringlichkeit gegenüber dem mächtiger gewordenen Kommunismus. Zugleich war der geschwächten Stellung des Kontinentes in der Welt Rechnung zu tragen: Seine Einigung musste nicht nur nach innen auf die verschiedenen Nationen wirken, sondern auch nach aussen seine Stellung und Aufgabe neu zu festigen suchen. Die Erkenntnis hat im Nachkriegs-Europa zu zahlreichen Organisationen von vornehmlich wirtschaftlicher Bedeutung geführt, die zum Teil Uebergangscharakter aufweisen. Der 1948 gegründeten OEEC (Organisation für Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit), der alle freien Staaten Westeuropas angehören, fielen vor allem die Aufgaben des europäischen Wiederauf-

baues nach dem Kriege zu. Sie hat der wirtschaftlichen Integration des Kontinentes wichtige Impulse gegeben. Der Strassburger Europarat, dem die Schweiz (wie auch Spanien und Portugal) nicht angehört, übt in beratendem und orientierendem Sinne auch eine gesamteuropäische politische Funktion aus. In einem gewissen Konkurrenzverhältnis stehen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Freihandels-Assoziation (EFTA), die auch unser Land umfasst. Die Europa-Union setzt sich dafür ein, dass es über diese Organisationen hinaus zu einer auch politischen und rechtlichen Gemeinschaft kommt, die über Kompetenzen für die gemeinsamen Anliegen der Mitgliedstaaten verfügt. Die Struktur wird föderalistisch gesehen. Die einzelnen Nationen, auch die Kleinstaaten, sollen dabei Gelegenheit zu massgeblicher Mitarbeit an der Gestaltung Europas und der Welt erhalten, in innern Angelegenheiten aber ihre Autonomie zu bewahren. Artikel 2 der letzten Jahr revidierten Statuten führt aus: «Der Zweck der Bewegung ist die Verwirklichung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenwirkens der europäischen Staaten und Völker, mit dem Hauptziel der Errichtung einer europäischen Föderation (Vereinigte Staaten von Europa), sowie die Förderung aller diesem Zwecke dienenden Bestrebungen.

Die Europa-Union versteht diesen Bund, an welchem die Schweiz teilnehmen soll, als eine ... Voraussetzung für das freie Weiterleben des Schweizervolkes und aller anderen europäischen Völker ... und als den Beitrag Europas zur Ermöglichung einer Frieden und Wohlfahrt sichernden Weltautorität.»

Und die Schweiz?

Die «Vereinigten Staaten von Europa» werden als Bund betrachtet, der in seiner Struktur nach schweizerischem Vorbild zu bauen ist. Wenn dieses Europa aber Wirklichkeit, effektive Realität werden soll, muss es doch eine verbindliche Verfassung haben und zentrale Organe mit genügend Befugnissen, um eine gesamteuropäische Politik dort zu ermöglichen, wo es um Existenzfragen geht. Das bedeutet, verbunden mit aktiverer Vertretung der Landesangelegenheiten vor dem internationalen Forum, zugleich eine gewisse Einschränkung der nationalen Souveränität. Sie wäre aber schon deshalb zu befürworten, weil die tätige Mitbildung eines geeinten Europas wichtiger ist als das praktisch doch schwer durchführbare Verharren in absoluter Autarkie. Wichtiger aber noch ist die moralische Verpflichtung angesichts einer Weltgefahr, die auf Sonderfälle keine Rücksicht nehmen wird. Gleichermassen sieht die Europa-Union eine

schweizerische Aufgabe darin, unserer Neutralität neuen Sinn und neue Verantwortung zu finden, wenn sie sich auch in der heutigen Weltlage so gut bewähren soll wie bisher.

Auf dem Weg zum Ziel einer europäischen Föderation müssen nach Ansicht der Europa-Union alle bisher erreichten Zwischenstufen ausgewertet werden. Auf wirtschaftlichem Gebiet soll der auch von der Schweiz gewünschte, ganz Westeuropa umfassende Gemeinsame Markt gefördert werden, wobei auch unsere Stellung zur «Rivalenorganisation» der EWG realistisch zu berücksichtigen wäre, die u. a. unsere grössten Nachbarn und Handelspartner Deutschland, Frankreich und Italien umfasst.

Für alle offen

Die Europa-Union mit Sitz in Basel zählt heute etwa 2300 Mitglieder in 25 Sektionen, die auf die ganze Schweiz verteilt sind. Die Mitgliedschaft der parteipolitisch und konfessionell neutralen Vereinigung steht jedem Schweizer offen, der ihre Ziele als die seinen anerkennt. Oberstes Organ ist die Delegiertenversammlung, die auch den Zentralpräsidenten und die übrigen Mitglieder des Zentralvorstandes wählt. Zu den Mitgliedern gehören heute

Meldungen von morgen

Mit dem Bau einer neuen Industriezone im südwestlichen Teil Moskaus soll noch dieses Jahr begonnen werden. Die Fabrikanlagen werden von den ebenfalls neuen Wohnquartieren durch Grüngürtel getrennt.

*

In einer Beziehung wenigstens scheint sich zur Tendenz der Totalkollektivierung in der sowjetischen Landwirtschaft eine gegenläufige Bewegung abzuzeichnen: Die erst kürzlich in 10 000 Kolchoosen eingeführte Geldentlohnung der Bauern wird in zahlreichen Betrieben ihrer Unrentabilität wegen wieder abgeschafft. Man kehrt wieder zum System der «Arbeitseinheiten» mit dem Produktionsprofit zurück, für das die LPG-Mitglieder viel grösseres Interesse zeigen.

*

Dem sowjetischen Beispiel nacheifernd macht sich der Mustersatellit Tschechoslowakei schon jetzt an die Abschaffung der Nebengewerkschaften, mit denen in andern Ostblockstaaten noch LPG-Mitglieder geworben werden. Es gebe schon viele Bauern, erklärte die Pressburger «Uj szo», die auf ihre Hofstelle endgültig «verzichtet» hätten. Auf dem LPG-Kongress in Prag erfuhr man, dass 87,4 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche kollektiv bebaut werden. Die 10 816 Kolchoosen vereinigen nahezu eine Million Angehöriger. Der landwirtschaftliche Fünfjahresplan, so beschloss der Kongress, soll in vier Jahren erfüllt werden.

*

Bereits trifft die ungarische Hafenstadt Csepel Vorbereitungen in Hinblick auf den künftigen Ausbau des europäischen Wasserwegnetzes, da sie als Umschlagplatz von der Fluss- auf die Hochseeschifffahrt erstrangige Bedeutung zu gewinnen hofft.

eine Reihe bekannter Persönlichkeiten, insbesondere auch Parlamentarier.

Die Tätigkeit der Europa-Union umfasst die verschiedensten Kontakte mit der Öffentlichkeit, den Behörden und Privaten. Publikationsorgan der Bewegung ist die deutsch- und französischsprachige Monatszeitschrift «Europa». Auch ist der Vereinigung eine Verlagsgesellschaft beigeordnet. Verschiedene Veröffentlichungen über Europa-Fragen und Artikeldienste für die Presse ergänzen das Bild der publizistischen Tätigkeit. Daneben werden fortlaufend Veranstaltungen, Vorträge und Tagungen durchgeführt, um möglichst weite Kreise zu erreichen.

Die Europa-Union arbeitet mit gleichgerichteten Organisationen im Ausland und in der Schweiz zusammen. Seit der 1947 in Montreux erfolgten Gründung der «Union Européenne des Fédéralistes» wirkt sie eng mit den Föderalisten des übrigen freien Europas zusammen. Auch wirkte die Europa-Union an der Gründung des «Schweizer Rates der Europäischen Bewegung» mit, einer repräsentativen Gruppe von Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, die in ihrem Wirkungsbereich die europäischen Fragen direkt zur Geltung bringen.

Die Europa-Woche in Zürich wird von einem Aktionskomitee durchgeführt, das der Europa-Union nahe steht. Eine erste derartige Woche hatte bereits im Herbst 1959 stattgefunden und ein auch publizistisch gut ausgewertetes nachhaltiges Echo ausgelöst. Im Rahmen der diesjährigen Veranstaltungen finden Vorträge, öffentliche Diskussionen, Ausstellungen und Vorführungen, die Tagung der Wirtschaftskommission der Beratenden Versammlung des Europarates und verschiedene Gespräche statt. Ein «Europäisches Kolloquium» mit Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur wird den internationalen Meinungs austausch fördern, während ein «Gespräch am runden Tisch» über den Brückenschlag zwischen EWG und EFTA besonderes aktuelles Interesse beanspruchen dürfte.

Präsident der Europa-Union: Dr. Hans Bauer, Basel.

Vizepräsidenten: Dr. Ernst von Schenk, Basel; Henri Miéville, Lausanne.

Zentralsekretär: Dr. Thomas Raebler, Basel. Zentralsekretariat: Atrasse 55, Basel.

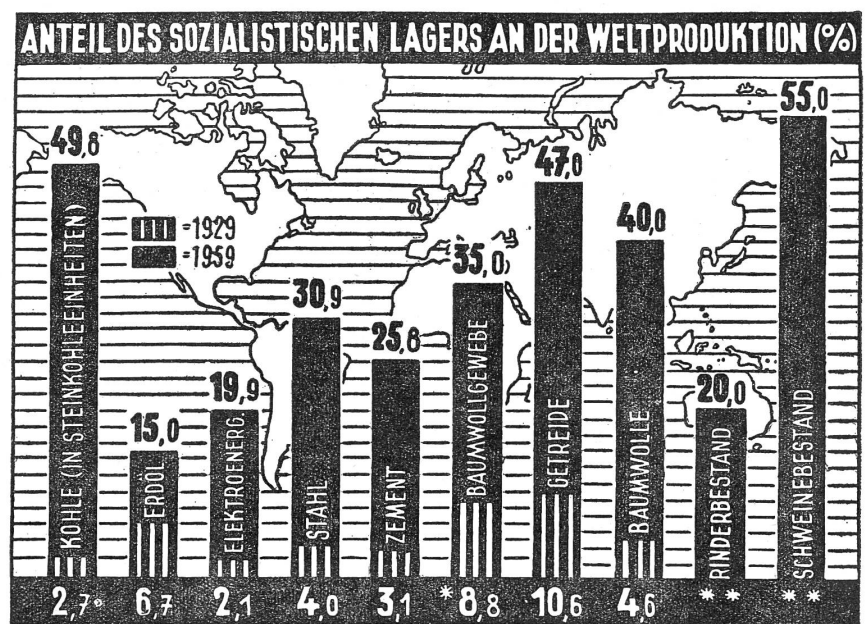
Aktionskomitee Europa-Woche Zürich: Löwenstrasse 3, Zürich 1.

Statistisches

Ostblock Raumzuwachs nicht eingerechnet

Die imposante graphische Darstellung, die «Neues Deutschland» Ende Januar über den Anteil des «sozialistischen Lagers» an einigen wichtigen Erzeugnissen der Weltproduktion veröffentlichte, unterschlägt die Tatsache, dass bei den 30 Jahren auseinanderliegenden Vergleichszahlen völlig verschiedene Grössen miteinander in bezug gebracht werden. Denn 1929 bestand der kommunistische Block lediglich aus der UdSSR und der wirtschaftlich kaum ins Gewicht fallenden Mongolei.

Immerhin stimmen die für 1959 angeführten Zahlen auch mit anderen Veröffentlichungen überein und sind geeignet, nachdenklich zu stimmen. Während die mei-



sten östlichen Tabellen bisher zur Hauptsache bestrebt waren, in der Produktion ihre eigene prozentuale Zuwachsrates derjenigen westlicher Länder gegenüberzustellen, wobei das beschleunigte Anfangswachstum der neuen kommunistischen Gebiete natürlich besser abschnitt als die Zunahme bereits hochindustrialisierter Vergleichsländer, ist aber heute auch der absolute Produktionsanteil des kommunistischen Blockes in der Welt so gross geworden, dass er als Gesamtfaktor von uns schon gar nicht negiert werden könnte, dass wir uns mit ihm im ganzen wirtschaftlichen Verkehr befassen müssen. Freilich darf das nicht einfach Einbezug in den freien Märkten heissen, sondern koordinierte wirtschaftlich-politische Aktion, die dem politischen Primat der kommunistischen Produktion immer Rechnung trägt.

Anteil der kommunistischen Länder an der industriellen Weltproduktion (in Prozent)

Erzeugnisart	1929	1937	1950	1955	1956	1957	1959
Kohle, insgesamt	2,7	8,6	28,2	36,8	37,6	39,5	49,8
UdSSR	2,7	8,6	14,2	18,7	19,4	20,2	20,3
Erdöl, insgesamt	6,7	10,2	8,4	11,0	11,7	12,8	15,0
UdSSR	6,7	10,2	7,2	9,2	10,0	11,1	13,2
Elektroenergie, insgesamt	2,1	7,8	14,9	16,6	17,2	17,7	19,9
UdSSR	2,1	7,8	9,2	10,7	11,0	11,3	12,3
Stahl, insgesamt	4,0	13,1	19,2	23,3	24,5	25,2	30,9
UdSSR	4,0	13,1	14,4	16,8	17,2	17,5	19,7
Zement, insgesamt	3,1	6,8	15,7	19,7	20,7	22,9	25,8
UdSSR	3,1	6,8	7,7	10,4	10,7	12,1	13,3
Baumwollgewebe, insgesamt	—	8,8	21,3	28,1	29,9	28,4	35,0
UdSSR	—	8,8	10,6	12,7	11,6	11,8	12,3

Zwei Erzeugnisse unserer Darstellung werden in nächster Zukunft noch erheblich an Bedeutung gewinnen: Erdöl und Stahl. Die sowjetischen Erdölreserven werden sehr bald in grösstem Ausmass eingesetzt werden, um den Westen in wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen. Die sowjetische Stahlproduktion weitet sich von Jahr zu Jahr mit überfüllten Produktionsplänen aus und erhöht das Rüstungspotential, während die westliche zu stagnieren scheint.

Das korrigierte Bild zur ostdeutschen Darstellung ergibt sich, wenn man aus der

kommunistischen Gesamtproduktion die sowjetische gesondert anführt, so dass die Zunahme auf dem gleichen Raume innerhalb einer Generation ersichtlich wird. Die nebenstehende Tabelle ist nach Angaben tschechischer Tabellen zusammengestellt.

Partei

Sowjetunion Auf der Anklagebank

Vor einigen Jahren, als in der Sowjetunion gewisse organisatorische Massnahmen hauptsächlich auf dem Gebiet der Dezentralisierung der Industrieverwaltung ergriffen wurden, sprach man im Westen von einer neuen Epoche in der Entwicklung der Sowjetunion, von der Macht der Technokratie, von der führenden Rolle der technischen Intelligenz und der Wirtschaftsmanager.

Eine Parallele dazu fand man auch bei den Militärführern. Als Marshall Woroschilow Staatspräsident war, Marschall Bulganin — Ministerpräsident und Marschall Schukow Verteidigungsminister und alle drei auch Mitglieder der höchsten Parteigremien waren, zog man voreilig die Schlussfolgerung über den entscheidenden Einfluss der Armee auf die Sowjetpolitik.

Es sollte doch klar sein, dass abgesehen von gewissen taktischen Massnahmen und Schritten, die Parteileitung, die ja immer für sich die führende Rolle beansprucht hatte, kein Aufkommen einer anderen Führungsschicht dulden könnte. Es ist auch zu berücksichtigen, dass jeder, der zum Mitglied der höheren Parteigremien wird, dies in erster Linie seinen Verdiensten auf dem Gebiete der Parteitätigkeit verdankt und folglich in erster Linie Parteiführer ist und die Interessen dieser Schicht vertritt.

Heute sind wir Zeugen einer grossangelegten Kampagne zur Säuberung unter den Wirtschaftsleitern und man sieht, dass diese über keine praktischen Machtmittel verfügen. Sie haben lediglich während einiger Zeit besondere Privilegien und gewisse Selbständigkeit genossen. Das System, welches durch den Druck seiner